

## Antrag

**der Abgeordneten Uta Zapf, Günter Gloser, Dietmar Nietan, Dr. Rolf Mützenich, Axel Schäfer (Bochum), Heinz-Joachim Barchmann, Edelgard Bulmahn, Dr. h. c. Gernot Erler, Petra Ernstberger, Dagmar Freitag, Iris Gleicke, Dr. Eva Högl, Hans-Ulrich Klose, Ute Kumpf, Thomas Oppermann, Johannes Pflug, Joachim Poß, Michael Roth (Heringen), Werner Schieder (Weiden), Dr. Martin Schwanholz, Peer Steinbrück, Franz Thönnies, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD**

### **Glaubhafte Unterstützung für Serbiens Beitrittsantrag zur Europäischen Union**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Republik Serbien hat am 22. Dezember 2009 den Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union eingereicht. Der Europäische Rat muss nun entscheiden, den Antrag zur Prüfung an die Europäische Kommission weiterzuleiten.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass Serbien im Verbund mit allen 27 EU-Mitgliedstaaten am 9. September 2010 der Resolution in der UN-Generalversammlung zugestimmt hat. Diese nimmt das Urteil des Internationalen Gerichtshofs zur Kenntnis, der in der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo keinen Verstoß gegen das Völkerrecht gesehen hatte. Damit hat die Republik Serbien die Voraussetzungen für direkte Gespräche mit der Regierung Kosovo unter Vermittlung der Europäischen Union geschaffen. Diese Resolution bietet nunmehr die Chance für Belgrad, sich der Bewältigung der wirklichen Zukunftsaufgabe, nämlich der Integration der Länder Südosteuropas in die europäischen Strukturen, mit aller Kraft zu widmen.

Die Mitgliedschaft Serbiens in der Europäischen Union liegt im begründeten Interesse des Landes und seiner Bevölkerung. Sie basiert auf der Garantie für eine demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten. Darüber hinaus erfordert sie ferner eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die wirksame Bekämpfung der Korruption. Im Gegenzug bietet sie den Bürgerinnen und Bürgern Serbiens die Voraussetzung für einen höheren Lebensstandard sowie die aktive und gleichberechtigte Teilhabe an der weiteren Gestaltung des europäischen Hauses.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Entscheidung der belgischen Ratspräsidentschaft, das Thema am 25. Oktober 2010 auf die Tagesordnung des EU-Ministerrates zu setzen.

Es liegt im Interesse Deutschlands und der Europäischen Union, dass Serbien einen nachhaltigen Impuls für die Fortsetzung seines bereits begonnenen Reformprozesses erhält. Nur die konsequente Umsetzung der Gipfelerklärung des Eu-

ropäischen Rates von Thessaloniki vom 20. Juni 2003 gegenüber den noch nicht der EU beigetretenen Staaten Südosteuropas sichert die für Europa so dringend notwendige Stabilität und Integration in dieser fragilen Region.

Durch die Weiterleitung seines Beitrittsgesuchs soll Serbien auf seinem jetzt eingeschlagenen Weg der Kooperation unterstützt werden. Der damit begonnene Prozess darf seitens der EU und ihrer Mitgliedstaaten nicht verzögert werden, um die Glaubwürdigkeit der EU-Erweiterungspolitik selbst nicht in Frage zu stellen. Die konsequente Umsetzung der Erweiterungspolitik ist aktive Friedenspolitik für den gesamten Kontinent. Die Verhandlungen über einen Beitritt sind noch in diesem Jahr aufzunehmen.

Mit dem Beitritt Serbiens zur Europäischen Union werden die in Artikel 2 des Vertrages über die Europäische Union genannten Werte übernommen. Die EU ist eine Werte- und Solidargemeinschaft. Dies setzt die Bereitschaft zur Souveränitätsteilung und die Überwindung von Nationalismus voraus. Serbien darf den jetzt eingeschlagenen Weg der regionalen Kooperation nicht verlassen, wenn der Beitrittsprozess am Ende erfolgreich abgeschlossen werden soll. Dazu gehören auch die einvernehmliche Regelung der noch offenen Fragen mit dem Kosovo und die dauerhaft vollständige Kooperation mit dem Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- Serbiens aus eigener Kraft erreichte Fortschritte zu würdigen und deshalb im EU-Ministerrat für eine Weiterleitung des Beitrittsantrages der Republik Serbien zu stimmen;
- sich aktiv bei den übrigen Mitgliedsländern der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass der Antrag Serbiens umgehend an die Europäische Kommission weitergeleitet wird;
- sich dafür einzusetzen, dass in den Beitrittsverhandlungen weiterhin allein die Kopenhagener Kriterien als Voraussetzung gelten und keine zusätzlichen Bedingungen gestellt werden;
- alles zu unternehmen, damit die Aufnahmefähigkeit der EU gewährleistet ist, so dass weitere Beitritte zur EU möglich bleiben;
- sicherzustellen, dass die Republik Serbien alle noch offenen Grenzfragen zügig und im Einvernehmen mit ihren Nachbarstaaten regelt;
- die Republik Serbien darin zu bestärken, auch darüber hinaus ihre Verantwortung für die regionale Stabilität aktiv wahrzunehmen, gutnachbarschaftliche Beziehungen zu pflegen und die grenzüberschreitende und regionale Zusammenarbeit zu fördern.

Berlin, den 5. Oktober 2010

**Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion**